

Antrag

der Abg. Silke Gericke u. a. GRÜNE

Dominanz am Steuer – Wenn Rasen Leben kostet: Prävention verstärken, Kontroll-dichte erhöhen

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sich die Zahl der Verkehrsunfälle in Baden-Württemberg im Zeitraum 2022 bis 2024 entwickelt hat, insbesondere bei Fällen mit Geschwindigkeitsüberschreitungen, zu geringem Sicherheitsabstand, Ablenkung, falscher Fahrbahnnutzung und Fahren unter Drogeneinfluss (bitte ausgewertet nach Geschlecht und Alter der Unfallverursachenden);
2. wie sich die Zahl der schweren Verkehrsunfälle (mit Todesfolge oder schweren Verletzungen) in Baden-Württemberg im Zeitraum 2022 bis 2024 entwickelt hat, insbesondere bei Fällen mit Geschwindigkeitsüberschreitungen, zu geringem Sicherheitsabstand, Ablenkung, falscher Fahrbahnnutzung und Fahren unter Drogeneinfluss (bitte ausgewertet nach Geschlecht und Alter der Unfallverursachenden);
3. welche Unfallkategorien und -ursachen dabei nach bundeseinheitlichen statistischen Standards (gemäß Straßenverkehrsunfallstatistikgesetz – StVUnfStatG) erfasst werden;
4. welche weiteren Unfallkategorien und -ursachen nach ihrer Einschätzung für eine umfassendere, zielgerichtete Auswertung des Unfallgeschehens sowie eine wirkungsvollere Präventionsarbeit und Verkehrssicherheitspolitik erfasst werden sollten;
5. wie viele Verkehrsunfälle im gleichen Zeitraum unter dem Einfluss von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln registriert wurden (bitte ausgewertet nach Geschlecht und Alter der Unfallverursachenden);
6. welche direkten und indirekten volkswirtschaftlichen Folgekosten durch diese Unfälle (z. B. Kosten für Rettungseinsätze, medizinische Versorgung, Gerichtskosten, Erwerbsausfälle), sofern hierzu Schätzungen oder Modellrechnungen vorliegen, entstanden sind;
7. mit welchen Maßnahmen die Landesregierung bisher präventiv auf wiederholte oder schwerwiegende Verkehrsverstöße reagiert (z. B. Aufklärungsprogramme, Fahrschulmodule, Kampagnen wie „NO GAME“), wie diese finanziert sind, in welchem Umfang sie zur Verfügung stehen;
8. inwiefern mögliche Maßnahmen geschlechtsspezifisch, insbesondere im Hinblick auf die höhere Risikoneigung junger Männer im Straßenverkehr, ausgerichtet sind;
9. ob die Landesregierung die Verstärkung bestehender Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen, insbesondere zur Ansprache junger Verkehrsteilnehmender mit überdurchschnittlichem Risikoverhalten – etwa junger Männer, die statistisch häufiger an schweren Unfällen beteiligt sind – plant;
10. welche Fördermittel und Unterstützungsprogramme Kommunen zur Verfügung stehen, um eigene Maßnahmen zur Verkehrssicherheitsarbeit umzusetzen oder zu verstärken;
11. ob wissenschaftliche Kooperationen mit Hochschulen, Unfallforschungseinrichtungen oder verkehrspsychologischen Fachstellen bestehen oder geplant sind;

12. welche Haushaltsmittel für präventive Verkehrssicherheitsarbeit in den vergangenen fünf Jahren jeweils zur Verfügung standen und in welche Projekte diese Mittel geflossen sind (bitte eine detaillierte Auflistung);
13. welche Zielmarken, Wirkungsziele oder Zeitachsen die Landesregierung sich setzt, um schwere Verkehrsunfälle infolge riskanten Fahrverhaltens messbar zu reduzieren und wie diese Entwicklungen regelmäßig evaluiert werden sollen.

25.6.2025

Gericke, Achterberg, Braun, Geugjes, Hentschel, Joukov, Katzenstein, Nüssle, Marwein GRÜNE

Begründung

Jahr für Jahr kommen in Baden-Württemberg Menschen im Straßenverkehr ums Leben oder werden schwer verletzt – häufig nicht durch technische Defekte oder widrige Umstände, sondern durch grobe Regelverstöße, zu hohe Geschwindigkeit oder gefährliches Fahrverhalten. Besonders tragisch sind jene Fälle, in denen andere Verkehrsteilnehmende unverschuldet Opfer werden – auf dem Heimweg, beim Überqueren der Straße, auf dem Schulweg.

Die schweren Unfälle in Ludwigsburg im März 2025 oder zwischen Ulm und Thalfingen im April 2025 stehen exemplarisch für die drastischen Folgen rücksichtslosen und regelwidrigen Verhaltens im Straßenverkehr – und machen den dringenden Handlungsbedarf erneut sichtbar.

Die Polizei und die Verkehrssicherheitsarbeit in Baden-Württemberg leisten in diesem Kontext bereits wertvolle Arbeit. Kampagnen, Kontrollmaßnahmen und die zielgerichtete Bekämpfung von gefährlichem Fahrverhalten zeigen: Die Gefahren sind erkannt, das Engagement ist hoch. Doch ohne ausreichende strukturelle und finanzielle Grundlage bleiben viele dieser Ansätze punktuell.

Baden-Württemberg benötigt daher eine klare, datengestützte Grundlage für eine wirksamere und gezieltere Präventions- und Aufklärungsstrategie. Dabei muss staatliches Handeln auf drei Ebenen gleichzeitig greifen: Kontrolle, Kommunikation und Konsequenz.